

Großbritannien: Solidaritätsstreik

Verschiedene britische Gewerkschaften haben ihre Mitglieder aufgefordert, den britischen Kriegsschiffen für die Militärjunta in Chile zu streiken. Obwohl die sozialdemokratische Labour-Partei während des Wahlkampfes die Einstellung der Waffenlieferungen angekündigt hatte, haben ihre Führer, als die Regierung war, den chilenischen Faschisten die Lieferung der bestellten Schiffe sichert.

Kolumbien: Bauernkämpfe

In verschiedenen Teilen Kolumbiens kämpfen die Bauern den Kampf um ihren Lebensunterhalt. Tausende hungrige Pächter und Landarbeiter haben Ländereien der Grundbesitzer besetzt. Die reaktionäre Regierung setzt massenhaft Militär und Polizei ein. Zahlreiche Bauern sind erschossen worden, angebliche Führer der Bauernbewegung wurden heimlich ermordet. Die Regierung läßt teilweise ganze Gebiete bombardieren und Familien in Gefängnisse und Lager verschleppen.

Israel mordet weiter

Trotz dem Gerede der beiden Supermächte von einem bevorstehenden „gerechten dauernden Frieden“ im Nahen Osten, die israelischen Zionisten ihre Verbrechen gegen die arabischen Völker fortsetzen. Im zweiten Maihälfte überfiel israelische Panzer und Kanonenboote wiederholt Siedlungen im Libanon und töteten zahlreiche Menschen, vor allem Frauen und Kinder. Vorwand mußte der Überfall arabischer Terroristen auf das Schulgebäude von Nabatieh halten. Das dicht bevölkerte Flüchtlingslager Nabatieh wurde dem Erdboden gleichgemacht. Schulen und Krankenhäuser waren die Angriffsziele. Im Osten des Libanon wurde ein israelisches Flugzeug Napalm auf einen israelischen Panzer abgeworfen. Die Panzer wurden und drei Verwundete verbrannten. Die Panzer warfen auch Bomben ab, die als Kampfspielzeug getarnt waren und erst bei der Explosion explodierten.

Terror der Ultras in Nordirland

Eine Terrorkampagne der nordirischen Ultras legte eine Woche lang die Provinz lahm. Die Organisatoren in der Provinz, die sich gegen jede Beteiligung an katholischen Minderheiten am politischen Leben Nordirlands wendeten, nannten ihre Kampagne einen „Streik“, arbeiteten aber mit den Mitteln gemeiner Einschüchterung und Ermordung. Terroristen umzingelten Wohnhäuser und drohten Menschen, die arbeiten wollten, mit der Sprengung ihrer Häuser. Die Betriebe schlossen nach Bombendrohungen ihre Tore. Rowdies zwangen Ladenbesitzer ihre Läden zu schließen und sprengten die Läden, die weiterarbeiteten, in die Luft. Gastwirte, die sich dem Terror nicht beugen wollten, wurden erschossen aufgefunden. Die Terroristen werden darüberhinaus für einen Bombenanschlag im Zentrum der irischen Hauptstadt der Irischen Republik verantwortlich gemacht, bei dem 23 Menschen getötet und 100 verletzt wurden.

Angola Guinea-Bissau Mosambik

„Wir sind uns unseres Sieges gewiß!“

Seit einigen Wochen finden Verhandlungen statt zwischen Portugal und der PAIGC, der Befreiungsbewegung von Guinea-Bissau und den Kapverdischen Inseln. Auch die Befreiungsorganisation von Mosambik, FRELIMO, verhandelt mit der portugiesischen Regierung über die Unabhängigkeit ihres Landes.

Jetzt kommt es darauf an, ob die portugiesischen Kolonialherren wirklich bereit sind, diese Völker nach 500 Jahren Ausplünderung endlich ihre Geschicke uneingeschränkt selber bestimmen zu lassen. Dann wäre Schluß dem Blutvergießen in diesem Teil der Erde. Allerdings werden es die Befreiungsorganisationen nicht zulassen, daß diesen Völkern nach ihrem opferreichen Freiheitskampf nun ein fauler Kompromiß aufgezwungen wird. Wenn die portugiesische Regierung das versucht, dann – so erklärte die PAIGC – „sind

werden gezwungen, ihre eigenen Dörfer zu verlassen und nach den Aldeamentos, neuen sogenannten beschützten Dörfern, zu gehen. Der Ackerboden der Aldeamentos ist oft schlechter als ihr eigener Ackerboden. Außerdem befinden sie sich dann hinter Stachelndraht. Aber das portugiesische Oberkommando will alle Dörfer räumen. Also müssen die Soldaten die Dörfer angreifen. Afrikaner, die sich nicht deportieren lassen wollen, sind ... zum Tode verurteilt. Jeden Tag finden Schlägereien statt, manchmal in ganzen Dörfern gleichzeitig. Nach einem Angriff der Bodentruppen kommt dann noch ein Luftbombardement. Mit Napalm und Chemikalien. Auch kleine Schulen werden bombardiert. Alles muß brennen.“



Ein von den Kolonialisten bewachtes Wehrdorf in Mosambik

wir bereit, den Kampf fortzuführen mit noch mehr Entschlossenheit, mit noch mehr Mut, denn wir haben schon viel erreicht und wir sind uns unseres Sieges gewiß!“

Worauf sich diese Gewißheit stützt, zeigt ein Blick auf die zwei Welten in diesen afrikanischen Ländern. Den Terror der portugiesischen Kolonialisten schildert ein portugiesischer Offizier, der mit der Befreiungsbewegung von Angola sympathisiert: „Die Bevölkerung unterstützt die Freiheitskämpfer ... Die Bevölkerung muß also dem Einfluß der Guerilleros entzogen werden ... Die Afrikaner

In den befreiten Gebieten dagegen wird ein neues Leben aufgebaut. Heute schon wird in den befreiten Gebieten von Mosambik mehr Land bebaut als während der portugiesischen Besetzung. Die FRELIMO hat ein Gesundheitswesen geschaffen. Zahlreiche Krankenhäuser und lokale Sanitätsstationen wurden eingerichtet. Inzwischen arbeiten dort 735 ausgebildete Krankenschwestern und Pfleger. Ein westdeutscher Reporter berichtete nach einer Reise durch die befreiten Gebiete von Mosambik über den schwungvollen Aufbau des Schulwesens: „Als die Portugiesen die jetzt befreiten Gebiete aufgaben, hinterließen sie dort praktisch keine Schulen; in der gesamten Provinz Njassa gab es unter portugiesischer Verwaltung nur drei Lehrer. 1965 richtete die FRELIMO die ersten Grundschulen ein. Die Bewegung gibt an, daß inzwischen 12 000 Kinder in 120 Schulen von 200 FRELIMO-Lehrern unterrichtet werden.“



Schule im freien Guinea-Bissau

Gespräch mit einem portugiesischen Kommunisten

Seit dem Sturz des faschistischen Caetano-Regimes reißt die Kette der Streiks und Demonstrationen in Portugal nicht mehr ab. Hafen- und Textilarbeiter, Postler, Straßenbahn- und Omnibusfahrer, Bergarbeiter sowie die Belegschaften der in- und ausländischen Elektro- und Chemiebetriebe führen machtvolle Streiks durch. Sie fordern die Beendigung des Kolonialkriegs, die Absetzung faschistischer Geschäftsführer, die Senkung der Arbeitszeit und die Festlegung eines der Kampf des portugiesischen Volkes auf breite Sympathie. So erhielten zum Beispiel die Renault-Arbeiter in Lissabon Solidaritätstelegramme von ihren Kollegen aus den

Diktatur der Faschisten. Selbstverständlich werden wir uns wie die breiten Volksmassen für die lang entbehrten demokratischen Rechte einsetzen und sie verteidigen ...

Die Militärjunta und die von ihr eingesetzte provisorische Regierung versuchen die Kämpfe der Werktätigen abzuwürgen. In „streikbedrohte“ Betriebe werden Offiziere als „Schlichter“ eingesetzt. Der Mindestlohn wurde auf nur 300 DM festgesetzt. Und zwar mit Zustimmung der Junta die streikenden Arbeiter vor „weiteren Verbrechen gegen die politische Ordnung“ und kündigte sogar den Einsatz von Militär und Polizei gegen Demonstranten und Streikende an. Denn auch nach der Einsetzung der provisorischen Zivilregierung haben „die Militärs die Macht nicht wirklich aus der Hand gegeben“, wie die französische Zeitung „Le Monde“ richtig

Chile ist uns eine warnende Lehre. Dem Volk einerseits diese Wahrheit zu zeigen, wird unsere dringendste ideologische Aufgabe sein, insbesondere in Betracht der 48jährigen Entpolitisierung der Bevölkerung, und andererseits, daß Freiheit und Gerechtigkeit für das Volk nur dann gesichert sind, wenn es im Vertrauen auf die eigene Kraft mit geistigen und militärischen Waffen den Sozialismus errichtet.“

Im folgenden druckt die ROTE FAHNE Auszüge aus einem Gespräch mit einem portugiesischen Kommunisten ab, der sich gegenwärtig in der Bundesrepublik aufhält.

Frage: „Wie schätzt du den Sturz des faschistischen Regimes ein?“

Antwort: „Das portugiesische Volk trägt schwer an der Last der Kolonialkriege. 50 % des Staatshaushaltes werden in den Krieg gesteckt; über 250 000 Portugiesen – bei 10 Millionen Einwohnern – stehen unter Waffen. Der Wehrdienst dauert vier Jahre. 100 000 Portugiesen sind vom Militärdienst desertiert.“

In Kenntnis der wirtschaftlich und militärisch verfahrenen Lage putschte die „Bewegung der Streitkräfte“ unter Führung der Truppenoffiziere, Hauptleute und Majore, getragen von weiten Teilen der Armee, gegen die Faschisten. Sie holten General Spínola, anerkanntermaßen ein rechter General, der schon für Franco gekämpft hat, als Gallionsfigur in die Junta. Diese „Junta der nationalen Erlösung“ räumt demokratische Freiheiten ein: Rede-, Presse-, Versammlungsfreiheit, legale Gründung von Parteien, Entlassung der politischen Häftlinge. Mit dieser Propagierung findet sie breite, begeisterte Zustimmung im portugiesischen Volk.“

Frage: „Wie siehst du eure nächsten Aufgaben?“

Antwort: „48 Jahre herrschte in Portugal die

Frage: „Zum Schluß noch: Wie steht ihr zu den Befreiungsbewegungen in Mosambik, Angola und Guinea-Bissau?“

Antwort: „Das ist genau die andere Seite der Medaille der Sache des portugiesischen Volkes. Wir treten für die volle nationale Souveränität und staatliche Unabhängigkeit dieser afrikanischen Länder ein, sofort und ohne jede Vorbedingung. Entreißen wir dem Imperialismus seine Kolonien, zerstören wir auch seine Basis im Mutterland. Für die Freiheit aller unterdrückten Völker; vorwärts zum Sozialismus!“

Lügen über Südvietnam

Wenn in Südvietnam ein Massaker verübt wird, dann geht das auf das Konto des „Vietcong“ – so berichten es Presse und Fernsehen bei uns in der Bundesrepublik. Aber berichten sie die Wahrheit? Untersuchen wir das am Beispiel von Cai Lay.

Im März dieses Jahres beschossen die Saigoner Faschisten mit schwerer Artillerie mehrere Dörfer, die an der Nationalstraße 4 im Mekongdelta liegen. Dabei wurde die Grundschule von Cai Lay so schwer getroffen, daß 23 Kinder ums Leben kamen. 40 Schüler und eine Lehrerin wurden verletzt. Um den Haß der Bevölkerung von sich abzulenken, begannen die Mörder eine großangelegte Vertuschungs- und Verleumdungskampagne, in der sie die Provisorische Revolutionäre Regierung (PRR) und die Volksbefreiungstreitkräfte für das Massaker verantwortlich zu machen versuchten.

Sie riegelten das Gelände der Schule sofort ab. Pressefotografen durften keine Aufnahmen machen. Die Opfer wurden in aller Eile beerdigt. Die Verletzten kamen nicht in zivile Krankenhäuser, sondern wurden in ein Lazarett der Marionettenarmee transportiert, wo sie von der Außenwelt völlig isoliert wurden. Die PRR forderte in der Zeit vom 15. bis zum 22. März viermal, eine Untersuchung des Mas-

sakers durch die Internationale Kontrollkommission einzuleiten. Aber die Thieu-Faschisten sabotierten planmäßig eine derartige Untersuchung. Sie organisierten Schlägertrupps, die die Mitglieder der Kommission mit einem Steinhaapel bei der zerstörten Schule empfangen, so daß die Untersuchung abgebrochen werden mußte.

Die Provisorische Revolutionäre Regierung schreibt in einer Erklärung: „Es ist eine bekannte niederträchtige und unverschämte Methode der Saigoner Verwaltung, Verbrechen zu begehen und dann die Provisorische Revolutionäre Regierung zu verleumden. Damit kann sie jedoch das Ansehen und die Rolle der bewaffneten Befreiungskräfte Südvietnams, einer Armee, die aus der Bevölkerung hervorgegangen ist und der Bevölkerung dient und entschlossen das Leben und die Güter der Bevölkerung und das Abkommen (gemeint ist das Pariser Abkommen vom Januar 1973 – die Red.) verteidigt, nicht schmälern.“

Kambodscha dankt für Unterstützung

Am 26. Mai unterzeichnete Khieu Samphan, Oberbefehlshaber der kambodschanischen Befreiungstreitkräfte und stellvertretender Ministerpräsident, in Peking ein Abkommen über Chinas kostenlose Lieferung von militärischen Ausrüstungen.

Kurz darauf kehrte Khieu Samphan an die Front in Kambodscha zurück. Auf einer zweimonatigen Rundreise hatte er Nordvietnam, China, Nordkorea, Albanien, Rumänien, Jugoslawien, Algerien, Mauretanien, Kamerun, Ägypten und Syrien besucht. Er dankte allen diesen Ländern für ihre Unterstützung und bezeichnete von den Siegen seines Volkes über den US-Imperialismus und seine Handlanger.

kambodschanischen Volkes und der Volksstreitkräfte für die nationale Befreiung Kambodschas mit deren eigenem Schweiß und Blut errungen wurden, sind diese Siege untrennbar von der Hilfe und Unterstützung, die die Völker der Welt, insbesondere das chinesische Brudervolk, gewährt haben. Bei Erfolgen wie bei Schwierigkeiten im Kampf der Nation und des Volkes Kambodschas, immer haben wir die Volksrepublik China als unser zuverlässigstes und festestes Hinterland betrachtet.“

Auf einer Massenveranstaltung in Peking sagte Khieu Samphan: „Obwohl die Siege des



In England geschehen noch Zeichen und Wunder, wenn es darum geht, die Kapitalisteninteressen gegen die Arbeiterinteressen durchzusetzen. Da kommen plötzlich „Rechenfehler“ ans Tageslicht und 65 000 Pfund Sterling fallen vom Kapitalistenhimmel. Denn siehe da, lediglich ein „bedauerlicher statistischer Irrtum“ führte zum Streik der Bergarbeiter. Als sie Lohnerhöhungen forderten, verdienten sie laut Regierung Heath 2 % über dem Durchschnitt. Dann aber, als sie streikten und Neuwahlen ausgeschrieben wurden, kam das erste Wunder. Ein Rechenfehler hatte sich eingeschlichen, denn dank eifrigen Rechenkünstern kam plötzlich heraus, daß die Kumpel mehr als 8 % unter dem Durchschnitt verdienten. Und sofort nach dieser ungeheuren Erkenntnis erklärte Regierungschef Heath, daß die konservative Regierung bei einer Wiederwahl die Empfehlungen der Lohnbehörde für die Bergarbeiter akzeptieren werde. Er wurde nicht wiedergewählt. Aber auch die neue Labour-Regierung brauchte nicht traurig zu sein, denn unter ihr kam es zum zweiten Wunder.

teilt, an eine Firma 47 000 Pfund Sterling Schadensersatz zu zahlen. Als die Kollegen gegen dieses Urteil in den Streik traten, da tauchte ein vaterlandsliebender Spender auf, der die Nation vor Chaos und Elend retten wollte, und servierte dem Gericht 65 000 Pfund Sterling auf den ehrwürdigen Richtertisch. Dieser Vaterlandsgeselle beging keinen Rechenfehler, denn er bezahlte nicht nur die Schadensersatzsumme, sondern – als echter Gentleman – auch die Gerichtskosten und andere Geldforderungen, die an die Gewerkschaft gestellt wurden. Seine Ehre, der Gerichtsvorsitzende, nahm die Spende an.

Im Unterhaus mußte natürlich noch die Frage geklärt werden, ob diese Segensspende für die Nation beim Finanzamt als Geschäftskosten, als politische Spende oder als spekulative Investitionen deklariert werden muß.

Bei uns hier brauchen die Kapitalisten im Moment noch nicht zu Wundern zu greifen, um Streiks zu verhindern, aber wenn es auch bei uns einmal so zugeht wie in England, dann dürfen wir gespannt sein, welche Wunder hier aufgeföhren werden – außer der Polizei.